Bezugs-Preis
für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark ausschl. Bestellgebühren, für Österreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.,
für Inserate von auswärts 30 Pf.
Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif.
Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 57. Dienstag 26. Februar 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Im Reichstag ergriff bei der gestrigen ersten Etatsdebatte der Reichskanzler das Wort, um die Stellung der Regierung zum Zentrum und zur Sozialreform zu präzisieren. (S. d. bes. Art. u. Ber. i. d. 2. Beil.)

* Kolonialdirektor Dernburg beabsichtigt, seine erste Kolonialreise, für die vier Monate in Aussicht genommen sind, auf Ostafrika zu beschränken; er gedenkt die Reise unmittelbar nach dem Schluß der Reichstagssession, die etwa Mitte Mai zu erwarten sein dürfte, anzutreten.

* Die berggesetzliche Vorlage wurde gestern im preußischen Abgeordnetenhause in erster Lesung beraten und dann einer besonderen Kommission überwiesen. (S. Dtschs. R.)

* Der Hamburger Fünfmaster „Preußen", eines der größten Segelschiffe der Welt, hat einen neuen Rekord für die Durchsegelung der Strecke Taltal (Chile)—Cuxhaven erreicht. (S. Neues a. a. W.)

* Die finnische Regierung fordert in Petersburg die Auslieferung des Mörders Hertzensteins. (S. Ausl.)

* In Warschau wurde ein erfolgloses Attentat auf ein hervorragendes Mitglied der „wahrhaft russischen Leute" gemacht. (S. Ausl.)

* Der Papst will einem der Haager Delegierten beauftragen, gegen die Ausweisung Montagninis aus Frankreich Einspruch zu erheben.

Die erste Reichstagsschlacht.

(Telegraphischer Bericht.)

Die große Frage des neuen Reichstags, die unserer gesamten inneren Politik, ist heute beantwortet worden: Der Reichskanzler will einmal versuchen, nicht gegen, aber ohne das Zentrum zu regieren. Dieses Programm wurde vom Fürsten Bülow, dem vierten Redner des Tages, entwickelt, der mit seinem Vorredner Bassermann zusammen die bessere Hälfte der Debatte, nämlich die verständliche, exekutierte, während die Herren von Stengel und Spahn wieder einmal sämtliche Tribünenbesucher zur Verzweiflung brachten. Im dichtbesetzten Hause, dessen Bundesratstribüne außer von sämtlichen Staatssekretären und dem Sekretäraspiranten Dernburg auch von einer großen Reihe preußischer Minister gefüllt wurde, war das Verständnis durch häufige Unruhe sehr erschwert. Bei dem ganz eigenartigen Organ des Abg. Spahn, das auch mit zunehmender Tonstärke nicht verständlicher wird, gingen gleich ganze Partien seiner Rede verloren, und nur aus den in Intervallen ertönenden Zurufen des Zentrums konnte man entnehmen, wann der Redner an einer Kraftstelle angekommen war. Gegen den Schluß seiner Rede hin wurde wenigstens stellenweise deutlich, worüber der Zentrumsredner sprach. Er erhob Kulturkampfbeschwerden gegen Sachsen und Braunschweig und stellte die belustigende Behauptung auf, das Zentrum habe kein Interesse daran, konfessionelle Momente in den Wahlkampf zu ziehen. Dann kamen die Briefe des Generals Keim an die Reihe. Aus dem Saal wurde dem Redner zugerufen: „Woher stammen die Briefe?", und Herr Peter Spahn fand die harmlose Antwort: „Sie standen ja in der Zeitung!" — Dann kam eine Attacke auf den Reichskanzler wegen seiner furchtbaren Wahlbeeinflussungen, die man nur mit Vorkommnissen in napoleonischer Zeit vergleichen könne. Dies brachte das ganze Haus sichtlich in beste Laune, so daß es auf die Lamentationen über die Präsidentenwahl nur mit Heiterkeit quittierte. Herr Spahn meinte mit sehr bekümmerter Miene, die Stellung des Präsidiums werde durch künstliche Majoritätsbildung herabgedrückt. Aber dann warf sich der Zentrumsmann in Positur, nannte seine Partei den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht und feierte die christliche Kultur als das Fundament aller staatlichen und völkischen Wohlfahrt.

Bassermann antwortete mit einer großen Rede, die an manchen Stellen die nervös gewordene Sozialdemokratie zu größter Aufregung brachte. Besonders Bebel geriet ganz außer Fassung, so daß ihm von einem Nachbarn zugeredet und auf die Schulter geklopft werden mußte. Bassermann forderte am Eingang seiner Rede, daß nun auch von der Regierung die Konsequenz aus dem Ergebnis der Wahlen und der Errichtung der neuen Mehrheit gezogen werden sollte, d. h. unter kadinische Joche dürfe man sich nun nicht mehr beugen. Der Redner war so liebenswürdig oder so boshaft anzunehmen, auch das Zentrum werde sich über das Aufhören solchen Mißbrauchs der parlamentarischen Gewalt freuen. Das bißchen Agitation des Flottenvereins sei nicht der Rede wert, und die Flottenagitatoren die reinen Waisenknaben im Vergleich zu den Zentrumsgeistlichen. Aber die Briefe des Generals Keim sind zweifellos gestohlen, und ich will keinen Zweifel darüber lassen, daß ich das für eine „Gemeinheit" halte.

Die neuen Aufgaben der Regierung und des Parlaments fand Bassermann vor allem in der Sozialpolitik, die sich auch auf den Mittelstand zu erstrecken habe. Redner richtete an den Reichskanzler die Anfrage, wie er sich hierzu stelle. Ein großes sozialpolitisches Programm bildete den Schluß der Rede: Ordnung des Vereins- und Versammlungsrechts mit Berücksichtigung der Frauen, ein Reichsarbeitsamt und Entlastung des Grafen Posadowsky.

Die Rede des Reichskanzlers wurde unter einem etikettewidrigen Andrang auf der Bundesratstribüne gehalten. Von der Hofloge aus hörte auch ein jugendlicher Herr in Offiziersuniform zu, der vom Grafen Stolberg begrüßt wurde und für den Großherzog von Mecklenburg gehalten werden konnte. Die Kristallisationspunkte der Bülowschen Rede waren die Stellung der Regierung zum Zentrum und zur Sozialreform. Immer noch legt der Kanzler den größten Wert darauf, nicht für einen prinzipiellen Gegner des Zentrums als konfessioneller Partei gehalten zu werden. Nur weil das Zentrum in einer nationalen Angelegenheit die Grenzen überschritten habe, jenseits deren er, der Kanzler, keinen Spaß verstehe, sei die Reichstagsauflösung erfolgt. Aus dem ganzen Gedankengang des Kanzlers ging mit Sicherheit hervor, daß er dem Zentrum die Pforte zur Aufnahme in einen nationalen Block nicht prinzipiell verschließen will. Das mag nicht sehr höflich im liberalen Sinne sein, doch ist jedenfalls für die nächste Zukunft an eine solche Verständigung noch nicht zu denken. Dazu ist die Erregung viel zu groß, sowohl bei der Regierung wie beim Zentrum. Fürst Bülow gebrauchte starke Worte gegen das Zentrum und hatte in diesem Teil seiner Rede die wirkungsvollsten Momente. Er habe die Ehre des Zentrums nicht angetastet, aber vielleicht dadurch, daß er den Reichstag ohne Erlaubnis des Zentrums aufgelöst habe?

Ein recht schwaches Zwischenstück war der Teil der Rede über das persönliche Regiment. Das sei nur ein Popanz, mit dem man politische Kinder schrecke. Das eine Wort „Kippe" hätte wohl zur Widerlegung des Kanzlers genügt, dieses Wort fiel aber nicht. Das Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ist im Reichstag bisher noch nicht so scharf verurteilt worden wie heute vom Reichskanzler. Er nennt es einen groben politischen Fehler und ein moralisches Unrecht. Zuletzt kämpfte Fürst Bülow noch für das Recht der Regierung, sich im Wahlkampf das Maul nicht verbinden zu lassen, und kündigte an, in zukünftigen Kämpfen noch ganz anders zur Agitation überzugehen. Er wolle kein Pagode sein.

Der Schluß der Bülowschen Rede war die Antwort auf die Bassermannsche sozialpolitische Anfrage, und diese Antwort war trotz der rhetorisch guten Qualitäten des vorausgegangenen doch der bessere Teil. Der Kanzler kündigte an: die Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts, die Reform der Strafprozeßordnung, die Aufbesserung der Beamtengehälter, eine Börsenreform, die der Börse eine größere Einwirkung auf den Welthandel ermögliche, strammen sozialen Fortschritt mit Berücksichtigung auch des Mittelstandes. Mit diesem Programm wolle er der Zusammensetzung der neuen Majorität Rechnung tragen, während in wirtschaftlicher Beziehung der alte Kurs gesteuert werden solle.

Der Beifall am Schluß der Rede war laut und stark. Wieviel davon dem Rhetoriker, wieviel dem Politiker galt, müßte noch besonders untersucht werden. Das Fazit des ersten großen Tages ist jedenfalls: Abwartende Haltung der Regierung gegenüber dem Zentrum, Wirtschaftspolitik mit besonderer Berücksichtigung der Rechten, Sozialpolitik nach Wunsch der Linken!

Die Bauern in der Reichsduma.

Als im vergangenen Jahre zum ersten Male die Männer im Schafpelz und mit bastbewickelten Füßen in Petersburg einzogen, wo sie als Vertreter der russischen Bauernschaft in die Reichsduma gehen sollten, drängte sich sofort ein Häufchen prächtig assortierter Tschernosjotnezi an sie heran, die den Ankömmlingen „in selbstloser Weise" unentgeltliche Quartiere zur Verfügung stellten. Bald zur freilich zeigte sich, daß diese Selbstlosigkeit nicht so ganz echt war: denn es hub im Freiquartier bei Gratisschnaps ein hübsches Werben an. Man gab sich alle erdenkliche Mühe, den „naiven" Bauern, die ja zum Teil nicht lesen und nicht schreiben konnten, zu beweisen, daß nur im Schoße des Absolutismus und der Orthodoxie die alleinseligmachende Politik zu finden sei.

Das Merkwürdige war damals, daß nur wenige der Naiven auf den — allerdings etwas dick aufgestrichenen — Leim gingen. Weitaus die meisten drehten dem wohlfeilen Quartier den Rücken und erklärten, sie wüßten allein, was sie in der Duma zu sagen hätten. Das war nun allerdings eine kleine Enttäuschung, auch für die linken Gruppen, die natürlich gehofft hatten, der fette Braten, die stimmreiche Bauerngruppe, werde ihnen mühelos zufallen.

Daß es anders kam, hatte seinen guten Grund: die Bauerndeputierten waren mit fester Marschroute von ihren Gemeinden und Wolosten abgesandt worden. Ihre Politik, das ihnen straff vorgezeichnete Programm, hatte zwei Punkte: 1) Ihr müßt dafür sorgen, daß wir Land bekommen, und 2) den Löwenanteil eurer Diäten laßt ihr eurer Gemeinde zuschicken. Um den zweiten Punkt, der so ganz westeuropäischen Begriffen entgegen ist, begreifen zu können, muß man wissen, daß die meisten der bäuerlichen Dumadeputierten von ihren Gemeinden mit Kleidern, Reise- und Zehrgeld versorgt worden waren, eine Fürsorge, deren praktische Durchführung den verarmten Gemeinden gewiß nicht leicht gefallen ist.

Vor dem Zaubermorte „Land" verblaßten alle idealen Forderungen der Liberalen. Schließlich, wem kann man es wohl verargen, daß er nicht über die Unantastbarkeit der Persönlichkeit oder die Freiheit des Wortes zu diskutieren wünscht, wenn er und die Seinigen Jahr um Jahre den Kampf mit dem Hungertode führen müssen. Der Magen hat bekanntlich seine eigene Politik. Das lehrt schon eine alte Fabel, die gelegentlich der secessio in montem sacrum von einem klugen Römer erzählt worden ist.

Und heute? Jetzt, da die Duma zum zweiten Male zusammentritt? Hat der russische Bauer andere Gesinnungen, andere Hoffnungen, andere Ziele? Hat er die leibliche Not abgestreift, die ihn daran hinderte, idealpolitische Ziele anzustreben?

Fürst Dolgorukow, der Moskauer Journalist und Kadettenführer, ist sicher einer der Besten der russischen Nation. Man hat — das sei hier nebenbei bemerkt — jüngst den Versuch gemacht, ihn wegen seiner Zugehörigkeit zur Kadettenpartei als „ehrlos" aus dem Kaiserlichen Jachtklub auszustoßen. Der Versuch ist dank der Ehrenhaftigkeit der Majorität der Klubmitglieder ins Wasser gefallen. Nichtsdestoweniger ist es bezeichnend dafür, daß man sich durch die Gegenwart des gefürchteten Politikers geniert fühlte. Es soll eben öfters vorgekommen sein, daß der Fürst das letzte Wort behalten hat Personen gegenüber, die gewohnt sind, allerorten das erste und das letzte Wort zu haben. Jedenfalls legt der Vorfall Zeugnis dafür ab, daß Dolgorukow keine Durchschnittsnatur ist, und daß seine Worte es verdienen, mit kritischen Maßen gemessen zu werden.

Fürst Dolgorukow hat sich nun jüngst in seinem Moskauer Blatte zu der Frage, welche politische Haltung die Bauernschaft im neuen Hause voraussichtlich einnehmen werde, geäußert. Er ist der Ansicht, daß die Bauern von der Agrarreform der Regierung durchaus nicht zufriedengestellt sind. Und zwar hätten sie erkannt, daß an dem langsamen Fortschreiten der Bodengesetzgebung die Administrative die Hauptschuld trage. Das bedeutet zweifellos einen politischen Fortschritt: denn jetzt würde neben die Landforderung noch das Verlangen treten, die schädlichsten Hemmnisse der Agrarreform zu beseitigen, indem vor allem die Polizeigesetzgebung geändert werde.

Hat Fürst Dolgorukow recht, so findet sich hier ein Berührungspunkt der kadettischen und der bäuerlichen Interessen. Fast scheint es, als habe auch die Regierung erkannt, daß sie den Bauern in dieser Richtung entgegenkommen müsse. Es verlautet nämlich, daß die Semstworeform und die Polizeireform zu den ersten Entwürfen gehören, die die Regierung der Reichsduma vorlegen werde. Sie wird gut daran tun; das allerdings unter der Voraussetzung, daß sie — wie es den Anschein hat (z. B. durch Beseitigung des Pleschweschen Instituts der Landhauptleute) — den Verkehr zwischen der Krone und den Bauern zu erleichtern wünscht.

Jedenfalls wird das Werben um die bäuerlichen Stimmen wiederum beginnen, wenn die Duma ihre Tore öffnet. Und da sie die Majorität bilden, so wird ihre politische Stellungnahme dem Hause die Signatur geben.

Zur Lage der Reichsfinanzen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes konnte gestern im Reichstage bei der Schätzung der Ergebnisse des Finanzjahres 1906 in seiner die Etatsberatung einleitenden Rede den Nachweis der Erträge aus den bedeutendsten Einnahmequellen des Reiches während 10 Monaten verwenden. In dieser Zeit haben Zölle und Verbrauchssteuern eine Isteinnahme von 768,9 Millionen Mark oder 34,5 Millionen Mark mehr als im gleichen Zeitraume des Vorjahres aufzuweisen gehabt. An dem Mehr beteiligen sich mit 19,3 Millionen Mark die Zuckersteuer, mit 12,4 Millionen Mark die Branntweinverbrauchsabgabe, mit 8,3 Millionen Mark die Brausteuer, mit 5,1 Millionen Mark die neu eingeführte Zigarettensteuer, mit 2,2 Millionen Mark die Salzsteuer und mit 0,4 Millionen Mark die Schaumweinsteuer. Ein Weniger verzeichneten die Maischbottichsteuer mit 4,7 Millionen Mark, die Brennsteuer mit 3,9 Millionen, die Zölle mit 3,3 Millionen und die Tabaksteuer mit 1,2 Millionen Mark.

Für die Schätzung des finanziellen Ergebnisses des laufenden Etatsjahres gibt aber nicht der Vergleich der Einnahmen mit denen des Vorjahres, sondern mit den Etatsansätzen den nötigen Anhalt. Hier gestaltet sich die Sache nicht so günstig. Bei diesem Vergleich kann zunächst die Brennsteuer außer Betracht bleiben, die im Etat nicht aufgeführt ist, und sodann die Zigarettensteuer, deren Erträgnis im Etat in die Sammelposition für die neuen Steuern aufgenommen ist. Nach Vornahme dieser beiden Aenderungen beläuft sich die Isteinnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern während der ersten zehn Monate auf 757,1 Millionen Mark, auf einen Betrag, der fast genau einem durchschnittlichen Zehnmonatsansatze des Etats entspricht. Dabei haben die Zölle ein Weniger gegen den Etat von 3, die Tabaksteuer und die Salzsteuer von je 0,5, die Maischbottichsteuer von 7,5 Millionen ergeben. Diesem Gesamtweniger von 17,5 Millionen steht ein gleiches Gesamtmehr gegenüber, an dem die Brausteuer mit 8,6, die Zuckersteuer mit 4,2, die Branntweinverbrauchsabgabe mit 4 und die Schaumweinsteuer mit 0,7 Millionen teilnehmen. Auf einen sehr ungünstigen Abschluß des Finanzjahres bei den Zöllen und Verbrauchssteuern deutet ein solches Ergebnis jedenfalls nicht, zumal das Weniger bei der Maischbottichsteuer ganz naturgemäß in den nächsten Monaten stark zurückgehen dürfte.

Von den übrigen im Zehnmonatsnachweis vorliegenden Einnahmen kommen zunächst die den Einzelstaaten zu überweisenden Reichsstempelabgaben in Betracht. Sie haben 67,4 Millionen Mark ergeben, wovon 40,2 Millionen auf die Börsensteuer, 27,0 Millionen Mark auf die Losesteuer und 0,2 auf den Schiffsfrachturkundenstempel fallen. Hinter dem anteiligen Etatsansatze bleibt die Gesamtsumme um 5,7 Millionen Mark zurück. Hier läßt sich also kaum ein günstiger Endabschluß erwarten. Dagegen haben die Einnahmen der ersten zehn Monate bei der Post und bei den Reichseisenbahnen den Etatsansatz überstiegen, und zwar bei der ersteren um 13,4 und bei der letzteren um 9,0 Millionen Mark. Ob hier aber günstige Ergebnisse für den Finalabschlag zu erwarten sind, ist zweifelhaft, da die Mehrausgaben bei beiden Verwaltungen beträchtlicher Natur sein werden.

Von den neuen Steuern schließlich haben bis Ende Januar abgesehen von der schon aufgeführten Zigarettensteuer mit 5,1 Millionen Mark der Frachturkundenstempel 9,7 Millionen, der Fahrkartenstempel 8,8 Millionen, die Steuer für Kraftfahrzeuge 1,1 Millionen, für Aufsichtsratsmitglieder u. s. w. 1,0 Millionen und die Erbschaftssteuer 1,7 Millionen Mark erbracht. Die Summe dieser Steuern macht 26,9 Millionen Mark aus. Ob sie in den restlichen zwei Monaten den mit 61,7 Millionen Mark für das ganze Jahr in den Etat eingestellten Satz wird erreichen können, erscheint sehr zweifelhaft. Hier wird man mit ziemlicher Sicherheit auf einen Ausfall rechnen müssen.

Wahlmissbräuche und Wahlurne.

Wir meldeten schon in unserer letzten Ausgabe, daß der Reichstagsabgeordnete für Leipzig-Stadt Dr. Junck zur besseren Sicherung des geheimen Wahlrechts einen Antrag im Reichstag eingebracht hat, der dahin geht, die bei der Wahlhandlung für den Reichstag notwendigen Wahlurnen auf Kosten des Reiches anzuschaffen. Der Antrag ist schon früher einmal angeregt, aber von konservativer Seite bekämpft worden. Man meint in diesen Kreisen, nicht noch mehr für die Sicherung des Wahlrechts tun zu sollen. Das kann einen liberalen Mann wie Dr. Junck natürlich nicht hindern, die bessere Sicherung der geheimen Wahl mit allen Kräften anzustreben. Dazu aber gehört eben, wie wir schon an anderer Stelle kurz ausführten, daß die in ihrer Form unzulängliche Wahlurne, wie man sie häufig auf dem Lande, vor allem im dunkelsten Osten Deutschlands findet, durch Wahlurnen ersetzt werden, die der Sicherung des Wahlgeheimnisses dienen. Die Anschaffung und ausschließliche Gültigkeit solcher Wahlurnen wird aber nur dann durchführbar sein, wenn man es nicht den einzelnen Wahlorten überläßt, die Wahlurnen zu beschaffen. Man muß darum gleich so weit gehen, wie es der Antrag des Dr. Junck will — das Reich muß die Wahlurnen beschaffen. Mag dies auch einige Kosten verursachen — das darf nicht ins Gewicht fallen. Solche wie andere Schwierigkeiten müssen bei dieser Frage als nebensächlich angesehen werden gegenüber der Aufgabe, daß die durch die Reichsverfassung verbürgte und durch die Anschaffung von Wahlurnen erstrebte geheime Wahl auch wirklich durchgeführt wird.

Wie weit wir unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen noch davon entfernt sind, daß die Wahlurnen die geheime Wahl verbürgen, darüber gibt eine soeben erschienene Schrift des Prof. R. Siegfried Aufschluß, die die Ueberschrift trägt: „Die geheime Wahl in Ostpreußen aufgehoben. Schlimmste Entartung der Reichstagswahlen auf dem Lande." In dieser Schrift wird darauf hingewiesen, wie man auf konservativer Seite in Ostpreußen Wahlen „macht". Reichlich fließen Freibier und Schnaps, auch Tanzmusik und andere Vergnügungen werden versprochen, wenn die Wahl „gut" ausfällt. Auf der anderen Seite aber wird mit Entlassung, Kündigung und wirtschaftlicher Schädigung gedroht, wenn ein „Liberaler" oder gar ein Sozialdemokrat gewählt wird.

So schreibt das nationalliberale „Memeler Dampfboot": „Da setzt irgend ein bezahlter oder auch anderer Agitator dem Gemeindevorsteher oder einem anderen einflußreichen Mann auseinander, daß nur die oder die Partei der Regierung angenehm und dem Bauern zum Nutzen wäre, jeder Anderswählende aber ein „Staatsverbrecher" sei, ganz gleich, welch anderer Partei er sich anschließe. Schon vor der Wahl hören die bezeichneten Leute gelegentlich, daß dort oder hier für einen andern Kandidaten Stimmung gemacht wird; da geniert sich so ein Herr gar nicht, öffentlich zu sagen: „Wenn ihr für den stimmt, werde ich euch nächstes Jahr höher einschätzen und dem Herrn Landrat melden." Ein anderer sagt im Gasthause, „wenn hier so gewählt werden soll, kann man hier kein Glas Bier trinken". Wenn das schon geschieht am dürren Holz, was soll am grünen werden? Nun kommt die Wahl. Da sitzt einer von diesen Herren am Wahltisch, hat unter der führenden Liste einen Bogen Papier, worauf er die Namen eines jeden Wählers der Reihe nach bei Abgabe der Stimmzettel notiert. Sobald die Wahl beendigt und die Stimmen verlesen worden, wird rücksichtslos an jedem Namen ein Zeichen gemacht. (In den meisten Fällen sind die Wahlurnen voll und das Umrühren der Wahlzettel kaum möglich.) Dann wird auf Leute, die nicht im Sinne des Agitators gewählt, mit Fingern gezeigt, sie werden verhöhnt und bedroht, wie bereits angegeben."

Ferner erzählt die „Königsberger Volkszeitung": „Wie auch bei dieser Wahl wieder konservative Wahlen gemacht worden sind, darüber erhält unser Parteisekretär jetzt täglich Mitteilungen aus den verschiedensten Wahlkreisen der Provinz. Daraus geht zunächst hervor, daß in vielen ländlichen Wahlbezirken wieder vollständig ungesetzliche, der geheimen Wahl widersprechende Wahlurnen im Gebrauch waren. Offene Suppenterrinen, Pappschachteln, die so klein waren, daß die hineingelegten Kuverts aufeinander geschichtet werden mußten. Holzkästen mit zwei Einschnitten je an einem Ende der Kiste — die Kuverts der als rot verdächtigen Wähler wurden links, die andern rechts hineingesteckt — waren vielfach im Gebrauch. Ganz unverfroren wurden bei der Wahl in Nebenlisten der Reihe nach die Wähler notiert, bei Beendigung der Wahl die aufeinandergeschichteten Kuverts umgekehrt und ein jeder herausgenommene Stimmzettel mit der Namenliste verglichen. So wußten die Gutsherren auch gleich nach der Wahl, wen ihre Leute gewählt hatten. Es sind denn auch bereits hier im Landkreise Königsberg Entlassungen von sozialdemokratischen Wählern erfolgt. In einem Wahlbezirk faßte der Wahlvorstand die geheime Wahl so auf: Es durfte immer nur ein Wähler das Wahllokal betreten. Erst wenn der Betreffende fertig war, durfte der nächste Wähler das Lokal betreten.

Weiter werden eine ganze Reihe von Einzelfällen erzählt, aus denen wir nur folgende herausgreifen: In Rudslorlauken bei Popelken, Kreis Wehlau, demselben Wahlbezirk, über dessen ungesetzliche Wahlhandlung bei der vorigen Wahl mit Erfolg Protest erhoben wurde, der Wahlvorstand aber straffrei ausging, sind auch diesmal genau dieselben